

V36 Kein Platz für Hass und Hetze – zivilgesellschaftliches Engagement schützen und fördern

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes

Status: Zurückgezogen

1 Beleidigungen, Gewaltdrohungen, Angriffe auf das eigene Zuhause und schlimmer gegen
2 Personen, sind leider mittlerweile Alltag geworden. Doch an diesen Alltag dürfen und wollen
3 wir uns nicht gewöhnen, ihre Regelmäßigkeit darf uns nicht gleichgültig werden lassen. Jedem
4 Angriff auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ob rechtsextrem, rassistisch oder
5 faschistisch motiviert, stellen wir uns konsequent entgegen – Hass und Hetze haben bei uns
6 in Berlin kein Platz.

7 Nicht nur Amts- und Mandatsträger*innen wurden 2019 so häufig Opfer von Straftaten, wie nie
8 zuvor. Das Gleiche widerfährt – gerade auch in den sozialen Netzwerken – Verbänden,
9 Initiativen, zivilgesellschaftlichen Akteuren oder deren Sympathisant*innen. Antisemitismus,
10 Rassismus, antimuslimischer Rassismus, Antiziganismus, LGBTTIQ*-Feindlichkeit oder
11 Diskriminierung aufgrund des sozialen Status dürfen nicht unterschätzt und verharmlost
12 werden. Es ist ein Angriff auf die Menschen, die unsere plurale Demokratie gestalten und
13 leben. Dabei machen sie Vielfalt in Berlin sichtbar, bieten Frei- und Rückzugsräume und
14 unterstützen Menschen aus verschiedensten Hintergründen mit verschiedensten Geschichten in
15 ihren unterschiedlichen Lebenslagen. Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin treten wir Hass und
16 Hetze entgegen, solidarisieren uns und unterstützen sie in ihrem Einsatz für eine
17 vielfältige Gesellschaft.

18 Strukturellen Rassismus als Realität anerkennen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
19 bekämpfen

20 Deutschland hat ein Rassismusproblem. Diese Realität muss man anerkennen und benennen.
21 Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt, aber auch der Berlin Monitor offenbart
22 weiteren Handlungsbedarf. Mit einem Maßnahmenpaket gegen Rassismus und Ausgrenzung setzen
23 wir einen Schwerpunkt in der Antidiskriminierungspolitik. Gleichzeitig gilt es,
24 Bildungsarbeit und Bildungsangeboten rassistisch zu gestalten. Darüber hinaus ist es
25 zur Stärkung einer vielfältigen und selbstbestimmten Gesellschaft notwendig, das Berliner
26 Partizipations- und Integrationsgesetz gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren,
27 insbesondere den Migrant*innenorganisationen, bis 2021 weiterzuentwickeln, um politische
28 Anerkennung und Teilhabe zu stärken. Denn nur durch gerechtigkeitsfördernde Strukturen
29 können wir den Ursachen von strukturellem Rassismus entgegenwirken.

30 Die Koalition steht zudem in der Pflicht, ihr Versprechen einzulösen und das bereits im
31 Senat verabschiedete Landesantidiskriminierungsgesetz auch im Abgeordnetenhaus zu
32 beschließen, um die bestehende Schutzlücke bei Diskriminierungen zu schließen. Gerade in
33 diesen Zeiten wäre es nicht nur ein Gesetz, sondern ein Bekenntnis zu unseren demokratischen
34 Grundwerten und Strukturen. Gleichzeitig soll neben der Stärkung der
35 Landesantidiskriminierungsstelle die Diversitystrategie des Landes Berlin umfassend
36 konzeptioniert und ausgebaut werden.

37 Demokratieförderung ist eine Pflichtaufgabe

38 Um eine dauerhafte strukturelle Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements zu
39 ermöglichen, muss endlich ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene durchgesetzt werden.
40 Auch in Berlin war das Unverständnis groß, als die Große Koalition in den vorangegangenen
41 Haushaltsverhandlungen für den Bundeshaushalt 2020 massiv beim Projekt „Demokratie Leben“

42 kürzen wollte. Auch wenn dies verhindert werden konnte, wurde durch die Umstrukturierung der
43 Projektförderung auch in Berlin vielen kleineren Trägern und Vereinen die finanzielle
44 Grundlage entzogen. Daher begrüßen wir es, dass das Berliner Abgeordnetenhaus aktiv nach
45 Lösungen gesucht hat und mit einem Notfalltopf für „Demokratie Leben“ Projekte über 2,5
46 Millionen Euro partiell eingesprungen ist. Nur so konnte Projekten wie civic.net, die sich
47 gegen Hass im Netz engagieren, eine alternative Förderung und die Fortsetzung ihrer
48 wertvollen Arbeit ermöglicht werden. Es ist unser mittel- und langfristiges Ziel die
49 Landesantidiskriminierungsstelle weiter auszubauen, um dort Kompetenzen und Informationen
50 ressortübergreifend zu bündeln und bezirksübergreifend zu vernetzen sowie die Stärkung der
51 Ombudsstelle als effektive Anlaufstelle für Verbände und Initiativen als auch für
52 Betroffene.

53 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten

54 Rechtsextremismus ist eine der größten existenziellen Bedrohungen für unser demokratisches
55 System. Dabei agieren rechte Netzwerke immer gezielter, destabilisieren, beeinflussen
56 Diskurse und bedrohen einzelne Personen und sogar ganze Personengruppen. Umso wichtiger ist
57 ein antifaschistisches Bekenntnis. Dafür reichen Worte alleine nicht aus, denn Demokratie
58 lebt von Strukturen, die sie tragen. Das sind gerade im Kampf gegen den Rechtsextremismus
59 unzählige Stellen, Initiativen aber auch lose antifaschistische Bündnisse. Es ist die Arbeit
60 durch Präventionsangeboten über Erfassungs- und Anlaufstellen, wie des Berliner Registers,
61 von Opferberatungsstellen oder Aussteigerprogrammen. Sie machen nicht nur Rechtsextremismus
62 sichtbar, sondern leisten durch Erstkontakt, Vermittlung und Hilfsangebote unersetzliche
63 Arbeit. Diese haben wir mit dem Doppelhaushalt 2020/21 massiv gestärkt und wollen sie auch
64 weiterhin erhalten wollen. Die Einrichtung eines Fonds für Präventions- und
65 Unterstützungsmaßnahmen für Opfer extremistischer Gewalt mit fünf Millionen Euro jährlich,
66 muss darauf ausgerichtet werden, Rechtsextremismus in Berlin den Nährboden zu entziehen.

67 Strafverfolgungsbehörden stärken

68 Beratungsstrukturen sind im Dickicht des Straf- und Antidiskriminierungsrechts wichtiger und
69 essentieller Bestandteil für einen adäquaten Rechtsschutz. Gerade von Diskriminierung
70 Betroffene tun sich oft schwer, diese aufzusuchen oder sich überhaupt zurechtzufinden.
71 Deshalb ist eine breite und zielgruppenspezifische Beratungslandschaft mit individuellen
72 Angeboten unverzichtbar. Doch auch bei der Strafverfolgung selbst, gibt es weiterhin
73 strukturelle Probleme, vor allem bei Taten im Netz ist die Nachverfolgung weiterhin
74 erschwert. Mit dem Anspruch einer Bürger*innenrechtspartei ist für uns klar, dass die
75 Rechtfertigung von Eingriffen in Persönlichkeitsrechte stets der Verhältnismäßigkeit gerecht
76 werden muss. Wir unterstützen die Forderung, dass die Betreiber*innen von Sozialen
77 Netzwerken und Internetseiten bei Straftaten, Daten, die Aufschluss über die Identität der
78 Person, an die ermittelnden Staatsanwaltschaften herauszugeben haben. Auskunftsbefugnisse
79 müssen jedoch fest auf rechtstaatlichem Boden verankert sein und dürfen nicht in einer
80 pauschalen Datenübermittlung ohne Anfangsverdacht münden. Eine Klarnamenpflicht lehnen wir
81 als Berliner Grüne ab, da sie nachweislich nicht von Hasskriminalität abhält und zudem
82 Opfern von digitaler Gewalt schadet. Stattdessen muss ein Schwerpunkt auf der
83 Strafverfolgung liegen. Denn weiterhin werden gerade im Bereich der Hasskriminalität
84 Delikte oftmals wegen Geringfügigkeit eingestellt. Diese Entwicklung lässt einen viel zu
85 großen Graubereich, in dem sich überwiegend rechte Internetnutzer frei und ungehemmt bewegen
86 können. Strafverfolgungsbehörden müssen ihrem bestehenden Auftrag an Strafverfolgung auch
87 gerecht werden können.

88 Die verstärkte Zunahme von Hass und Hetze im Netz sowie der Anstieg an strafrechtlich
89 relevanten Äußerungen, Handlungen und Drohungen im Netz stellen die Behörden, ob Polizei,

90 Staatsanwaltschaften oder Gerichte vor neue Herausforderungen. Dabei ist ein Grundbaustein
91 die Sensibilisierung und eine Aus- und Fortbildung, die den Gefahren für die Demokratie im
92 21. Jahrhunderten gerecht werden. Wir begrüßen daher nicht nur die personelle Stärkung von
93 Justiz und Staatsanwaltschaften in Berlin, sondern auch die neuen Fortbildungsprogramme für
94 Staatsanwält*innen und Richter*innen im Bereich Hasskriminalität. Wir überlassen das
95 Internet nicht den rechten Trollen oder gar organisierten rechten bis rechtsextremen
96 Netzwerken, die gezielt Hass und Gewalt propagieren. Wir wollen auch prüfen, inwiefern über
97 eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft Hasskriminalität eine
98 berlinübergreifende Stärkung der Strafverfolgung ermöglicht werden kann.

99 Bündnis 90/Die Grünen bekennt sich klar zu einem weltoffenen, toleranten, antirassistischen,
100 antifaschistischen Berlin für alle Menschen, die hier wohnen. Ein engagiertes und
101 vielfältiges Berlin wollen und werden wir erhalten. Allen Angriffen auf Politik und
102 Zivilgesellschaft stellen wir uns entschlossen entgegen und werden alles dafür tun, Berlin
103 nicht den Ewiggestrigen zu überlassen, sondern an der Seite der Berliner Zivilgesellschaft
104 die Zukunft zu gestalten.

Unterstützer*innen

Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Silvia Rothmund (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Aida Baghernejad (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Fabio Wasilewski (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei)